

## Der Euro wird die Kommunen noch mehr belasten

Die DKP/OL-Fraktion fragte im Stadtparlament:

„Welche Auswirkungen wird die Einführung der Euro-Währung auf die Haushaltswirtschaft unserer Stadt haben?“

Gibt es Erkenntnisse, in welchem Umfang dabei Kosten für die Stadt entstehen?

Hat für die etwaigen Kosten die Stadt aufzukommen, oder ist dafür ein Ausgleich zu erwarten?“

Die Antwort aus dem Rathaus war nichtssagend.

Streckenweise liest sich die Rathaus-Aussage wie eine Waigel-Erklärung.

Beispiel: „Mit der Einführung der gemeinsamen Währung „EURO“ steht Europa vor dem großen Schritt zu seiner Integration und zur Vollendung des Binnenmarktes.“ ... „Artikel 3 der EURO-VO bestätigt das Prinzip der Vertragskontinuität. Die Umstellung von DM auf EURO bewirkt demnach keine Veränderung von Rechtsinstrumenten. Als Rechtsinstrument gelten nach Artikel 1 der VO Rechtsvorschriften, Verwaltungsakte, gerichtliche Entscheidungen, Verträge, einseitige Rechtsgeschäfte und Zahlungsmittel mit Ausnahme von Banknoten und Münzen sowie sonstige Instrumente mit Rechtswirkung, d.h., auch kommunale Satzungen.“

Viele ähnliche aufgeblasene Plattheiten möchten wir uns im Interesse der Verfasser schenken.

Zur eigentlichen Frage „was kostet der Euro?“ - Fehlanzeige.

Kurzfassung: Es wird Kosten geben - wieviel - weiß keiner - ob es einen Ausgleich gibt - weiß auch keiner. Ziemlich blamabel das Ganze.

Bürgermeister und Kämmerer sollten eigentlich wissen: der Euro wird die Stadtkassen erneut belasten. Also sollten sie ehrlich sein und vernünftige Antworten geben.

Wie soll das nun werden mit dem Euro? Bundesregierung, EU-Kommission, Banken und Wirtschaftsverbände haben viele Millionen Mark ausgegeben,

um das Europa-Geld populär zu machen. Genutzt hat es wenig. Nur 30 Prozent der Wahlberechtigten sind für die Einführung des Euro zum 1. Januar 1999, 58 Prozent sind dagegen, 30 Prozent lehnen die Einheitswährung grundsätzlich ab.

Im Bundestag soll am 23. April endgültig abgestimmt werden. Das Ergebnis liegt jetzt schon fest: CDU, CSU, F.D.P., SPD und Grüne sind dafür, die PDS stimmt dagegen.

In ohnehin äußerst schwierigen Zeiten kommen jetzt also auf die Städte und Gemeinden weitere Verluste zu.

(Fortsetzung nächste Seite)



(Fortsetzung von Seite 1)

Man rechnet bei der Währungsumstellung mit Kosten von 23 DM je Einwohner.

Ein Ausgleich für diesen finanziellen Mehraufwand steht beim Übergang zu „Euroland“ nicht im Drehbuch.

Am Beispiel Parkuhren wird das ganze Dilemma deutlich: Ein halbes Jahr lang (1. 1. 2002 - 30. 6. 2002) soll Bargeld in zwei Währungen in Umlauf sein. Die Bürgerin und der Bürger haben die Wahlfreiheit, geldliche Verpflichtungen in D-Mark oder in Euro zu begleichen. Zweierlei Währungen können jedoch die meisten der bislang aufgestellten Automaten in den Kommunen nicht annehmen.

Diese umrüsten aber wird richtig teuer. Zwischen 60 DM und 1500 DM pro Automat kosten die Neuprogrammierung oder der Austausch von Münzprüfern und Münzschatzgeräten. Solche befinden sich in ungezählten Fahrscheinautomaten für Bus und Bahnen, in Geld- und Kassenautomaten für die Benutzung kommunaler Schwimmbäder, Toiletten, Parkhäuser, Pfandgarderobenspinde, Münzkopierer usw.

Man kann froh sein, daß es viele solcher Automaten in unserer Stadt nicht gibt.

Ebenso umgestellt werden müssen die EDV-Software für Buchführung, Haushaltsplanungen und automatisierte Zahl- und Mahnverfahren, Frankiermaschinen, Kassen und Geldzählgeräte. Trotzdem werden das die geringsten Kosten sein, die auf die Bürgerinnen und Bürger zukommen.

Nach der Einführung des Euro, werden weitere Arbeitsplätze vernichtet. Dem Manchester-Kapitalismus wird Tür und Tor geöffnet und die „kleinen Leute“ werden alles auszubaden haben.

Die Einführung des Euro mißachtet den Mehrheitswillen in unserem Land. Verständlich, daß man in Bonn eine Volksabstimmung scheute. rh

## Neues Baugebiet - wer will es?

Der „blickpunkt“ berichtete im Februar von der Planung eines 14 ha großen Baugebietes in Mörfelden westlich der Bahnlinie und nördlich der Post bis zur Grünkompostierung, für ca. 1500 bis 2000 Einwohner.

Die DKP/OL-Fraktion ist gegen eine solche Ausweitung des Wohngebietes, zumal im Walldorfer Gebiet „Plassage Lange-Äcker“, in dem bis zu 2500 Menschen wohnen werden, erst frühestens Mitte 1999 mit der Bebauung begonnen werden kann. Da in der vorletzten Stadtverordnetensitzung die Mittel für die Planung nicht genehmigt wurden (gegen die Stimmen der SPD), wird anscheinend jetzt der Druck auf den Magistrat von finanzkräftigen Bauträgern verstärkt. Diese haben sich schon sehr früh große Flächen von den Mörfelder „Äckerchen-Besitzern“ für wenig Geld unter den Nagel gerissen und möchten jetzt endlich auch ihren finanziellen Gewinn daraus erzielen. Wie zu hören, sind bereits Bauanträge über mehrgeschossige Komplexe eingereicht und die Genehmigungsbehörde hat es schwer, diese mit der Begründung, dort sei noch kein Baugebiet, abzulehnen. Wer hat eigentlich das Sagen in unserer so hoch gelobten Demokratie? Die gewählten Stadtverordneten, also die Bürger, oder das Geld, sprich Kapital?

Es ist auch zu fragen, wer denn den Nutzen von einem weiteren neuen Baugebiet hat. Gewiß nicht die Nachkommen der hiesigen Bevölkerung, die gerne eigenen Wohnraum erwerben würden, weil es zu Hause zu eng wird und die gerne weiter in ihrer Gemeinde, ihrer Heimat, wohnen würden. Da sind Eigentumswohnungen für 400.000 Mark und Doppelhaushälften für über 600.000 Mark für einen Normalverdiener nicht erschwinglich – von freistehenden Einfamilienhäusern ganz zu schweigen. Die Stadt muß erhebliche Vorleistungen erbringen für die Infrastruktur, Straßen, Wasserver- und -entsorgung. Wie schnell reicht die Wassergewinnungsanlage und die Kläranlage nicht mehr aus und ein weiterer Kindergarten wird benötigt. Die Verkehrsbelastung steigt, und die Landschaftsversiegelung nimmt zu, neue Sportstätten und Turnhallen müßten gebaut werden. Das sind alles enorme Kosten, die auf die Stadt zukommen

und dabei heißt es doch ständig, „es ist kein Geld da“. Von guter Wohnlage ist in diesem Gebiet auch nicht zu sprechen angesichts des immer noch weiter steigenden Bahn- und Fluglärms. Böse Zungen meinten doch tatsächlich, außer den finanzstarken Bauträgern hätte nur noch einer einen Vorteil – nämlich der Bürgermeister, dessen Gehalt bei einer Einwohnerzahl von 50.000 ebenfalls steigt. HH

## Umweltaktion der Dart-Sportler

Im März 1998 trafen sich Dartsportlerinnen und Dartsportler aus dem Kreis Groß-Gerau auf dem Grillplatz in Mörfelden.

Mit Müllsäcken, Sicherheitswesten und Handschuhen machten sich die etwa 20 DartsportlerInnen auf die Socken, um die Ränder der Hauptverkehrsstraßen zu säubern.

Die SammlerInnen legten zu Fuß etwa eine Strecke von zwei bis drei Kilometern zurück. Erstaunlich ist dabei, was alles an den Straßenrändern gefunden wurde, so z.B. jede Menge Glasflaschen, Dosen, Pappe, Plastik, ja sogar Metall und sonstiger Schrott. Besondere Funde waren eine aufgebrochene Geldkassette eines Spielautomaten und Personalausweise, die am gleichen Tag zur örtlichen Polizeistation gebracht wurden.

Gefunden wurden ein ausrangierter Fernseher, Teile eines Baugerüsts, Autoreifen und als Höhepunkt gebrauchte Sexutensilien. Wie man sieht, ist es erschreckend, was Menschen in die Natur werfen. Diese freiwillige Aktion der DartsportlerInnen, ausgerichtet vom 1. Dartclub Mörfelden e.V., war nicht die erste Aktion, etwas für die Umwelt zu tun. Schon vor ein paar Jahren sammelten sie Müll am Rheinufer bei Gernsheim. Einen Grund zum Feiern im Anschluß gab es dann, als die Nachricht kam, daß 14 Kubikmeter Müll in kurzer Zeit gesammelt wurden. Es war den DartsportlerInnen zwar ein Vergnügen, jedoch mit der Enttäuschung gepaart, was der Umwelt zugemutet wird. Den DartsportlerInnen und dem 1. DCM, muß für dieses Engagement Dank und Respekt gezollt werden.

Thorsten Müller

**Wochenzeitung der DKP**

**UZ**

**Probeexemplare bei der  
„blickpunkt“-Redaktion**

## Das letzte Wort zum Müll ist noch nicht gesprochen

Wir berichteten im März-„blickpunkt“, daß aufgrund eines Beschlusses der Bundesregierung ab dem Jahre 1999 bzw. 2005, jeglicher Restmüll zu verbrennen ist. Der Kreistag beschloß daraufhin, dem Zweckverband Abfallverwertung Südhessen (ZAS) beizutreten. Aufgrund dessen würde unser Restmüll mit dem der Kreise Darmstadt-Dieburg, Odenwaldkreis und der Stadt Darmstadt in der Verbrennungsanlage Darmstadt verbrannt und die gesamte Schlacke zur Deponie Büttelborn gefahren. Für die Bürger würde dies ab 1. Januar 1999 eine gewaltige Gebührenerhöhung bedeuten. Seit bekannt werden dieser Fakten hat die „blickpunkt“-Redaktion viele Anrufe erhalten. Die Bürger können es nicht verstehen, daß unsere Kreispolitiker, voran die Sozialdemokraten, so wenig Gespür haben und - scheinbar abgehoben - nicht wissen, daß immer mehr Familien mit immer weniger Geld im Monat auskommen müssen. Dies wurde auch schon in der Bürgerversammlung Anfang März deutlich. Die Anrufer waren dankbar dafür, daß sich wenigstens eine Partei dieses Themas annimmt (im „blickpunkt“ wurde schon im



1. April 1998. Bonn erhöht die Mehrwertsteuer, das trifft alle Bürgerinnen und Bürger. Am gleichen Tag bekommen die Bundestagsabgeordneten eine Diätenerhöhung von 525,- Mark. Gegen die Diäten- und die Mehrwertsteuererhöhung stimmte die PDS, aber das steht in keiner Zeitung.

»Davon halt ich nix,  
nehmt's den Reichen und  
gebt's den Armen.  
Das ist Robin Hood  
und die PDS nach  
dem Rostocker Parteitag.«

Joschka Fischer,  
Fraktionssprecher der Grünen

November 97, Februar und März 98 darüber informiert, außerdem stand das Thema, auf Antrag der DKP/OL auf der Tagesordnung der Bürgerversammlung. Von den anderen Parteien ist hierzu nicht viel zu erwarten, da sie im Kreistag zugestimmt, oder wie die CDU nur „jein“ gesagt haben.

Jetzt kommt aufgrund der Proteste aus der Bevölkerung das Thema doch noch einmal in Bewegung. Im März führte der Kreistag eine Debatte über die geplante kostenträchtiger Müllbeseitigung. In der Presse waren folgende Sätze zu lesen, „daß das letzte Wort über die künftige Müllgebühren noch nicht gesprochen sei“. Der Informationsstand der Kreistagsabgeordneten über die künftige Entsorgung und deren Kosten muß verbessert werden. Jürgen May (SPD) meinte sogar, „das sei ein kommunalpolitisches Lehrstück für die SPD mit selbstkritischen Untertönen“. Nun will der Kreistag am 18. Mai sich erneut mit diesem Thema befassen. Sicher lohnt es sich, daß die Bürger den einzelnen Kreistagsabgeordneten mal ihre Meinung dazu sagen.

Es ist an der Zeit, daß nicht alles, was Bonn beschließt, auch in den Kreisen und Kommunen umgesetzt wird. Im Umweltschutz ist Bonn noch nie Vorreiter gewesen, sodaß der Beschluß eher eine Klientel-Befriedigung darstellt, denn durch die mühevollen Gtrenntsammlung der Bürger sind die Müllverbrennungsanlagen bei weitem nicht mehr ausgelastet. Dabei ist interessant zu wissen, daß die meisten Verbrennungsanlagen den großen Elektrokonzernen gehören. Wenn die Bundesregierung Beschlüsse faßt, dann soll sie auch die Mittel bereitstellen, um diese im Lande umzusetzen. Wer die Musik bestellt, soll sie auch bezahlen.

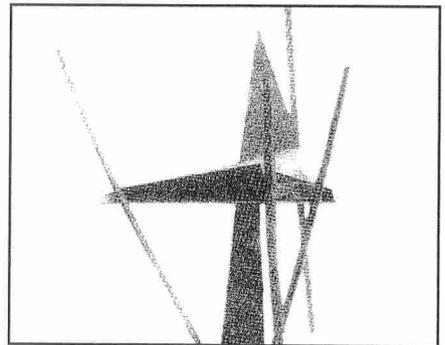
## Kurz notiert

### Sprühdosen

In der Mörfelder Langgasse wurden Anfang April an den Bürgersteigen Parkmarkierungen aufgebracht. Wie wir hörten, waren Bauhofmitarbeiter tiefgebückt mit Sprühdosen in der Hand am Werk. Sollte der städtische Bauhof keine Markiergeräte haben, die eine solche Tätigkeit in aufrechter Haltung möglich macht, dann wird es Zeit, daß so etwas angeschafft wird. Wir werden das anregen - an Arbeits- und Gesundheitsschutz darf nicht gespart werden.

### Spielfläche

Mehrfach ist uns aufgefallen, daß die Nutzung des Basketball-Korbes am Festplatz Walldorf wg. parkender Autos (oft LKWs) nicht möglich ist. Hier müßte eine „Spielfläche“ markiert werden, wo dann auch Parkverbot gelten sollte.



### Teurer Spaß

So stellt man sich eine stählerne Aussichtsplattform an der Bohnenseeschneise südlich der Startbahn-West vor, die der Umlandverband plant. Ca. 80.000,- DM soll die eigenwillige Plattform kosten. (Meist wird's mehr!) Bürgermeister Brehl wirbt für das „Kunstwerk“, viele halten es für eine ausgemachte Geschmacklosigkeit. In jedem Fall: ein teurer Spaß. In der Begründung für das Stahlgerüst heißt es: „Hier wird ein Aussichtspunkt entstehen, der den Blick freigibt auf die Frankfurter Skyline und von dem sich die einschwebenden Flugzeuge gut verfolgen lassen“. Na ja, die sehen wir auch über unseren Dächern und hören tun wir sie auch.

## Die Bürgerinitiativen und die Mediation

Seit einigen Jahren hören Mitglieder von Bürgerinitiativen öfter die Wörter Mediation, Dialog, Gespräch. Aus „Konfliktgegnern“ sollen „Konfliktpartner“ werden.

Im Duden: Mediation = Vermittlung eines Staates in einem Streit.

Wenn Konflikte in allen Bereichen zunehmen und härter werden, werden wohl auch Mediations-Versuche zunehmen.

In Südhessen wird jetzt zunehmend über die geplanten Ausbaumaßnahmen des Frankfurter Flughafens diskutiert. Da keine Seite die Kämpfe gegen die Startbahn/West vergessen hat, sind jetzt „Gespräche“ im Vorfeld möglicher neuer Auseinandersetzungen auf der Tagesordnung.

Ministerpräsident Eichel hat eine Dialogrunde eingerichtet, der Flughafen-Aufsichtsratsvorsitzende Bender will mit den Stadtverordneten von Mörfelden-Walldorf Gespräche führen und beim Bürgermeister Brehl von Mörfelden-Walldorf wurde eine Gesprächsrunde mit der südhessischen Polizeiführung installiert.

Neben den Fraktionsvorsitzenden im Stadtparlament waren Mitglieder der Bürgerinitiativen geladen.

Die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung und Einzelpersonen nahmen an dem kurzfristig anberaumten Gespräch nicht teil. Ihre Stellungnahmen lagen aber auf dem Tisch.

Die BI schrieb u.a.: „Weder die Landesregierung, noch die Polizeiführung haben in all den Jahren nach dem Bau der Startbahn/West wirklich den Dialog mit der Bevölkerung gesucht. Im Gegenteil: bei den Demonstrationen gegen das Projekt Cargo City Süd 1994 mußten wir erneut feststellen, daß die Polizeiführung aus Frankfurt gezielt gewaltbereite Provokateure eingesetzt hat, um unsere politische Arbeit zu diskreditieren. Diese Form der Begegnung mit Bürgern ist einer Demokratie unwürdig.“

Die „Interessengemeinschaft zur Bekämpfung des Fluglärms“ erklärte u.a.: „Es ist unverständlich, warum ausge-

## ÖTV gegen weitere Startbahn

**Der Kreisvorstand der Gewerkschaft ÖTV Darmstadt lehnt eine weitere Flughafenerweiterung ab. In der Stellungnahme heißt es u.a.:**

**„Es geht nicht nur um Arbeitsplätze; es geht auch um Gesundheit und Lebensqualität! Der größte Teil der am Flughafen arbeitenden Menschen wohnt auch in der Region. Es ist nicht einzusehen, daß der Preis für einen Arbeitsplatz mit dem immer größeren Verzicht auf Gesundheitsschutz und Lebensqualität einhergehen soll.**

**Es kann und darf nicht sein, daß ein dichtbesiedelter und schon jetzt hoch belasteter Ballungsraum vollständig den Profitinteressen geopfert und den in der Region lebenden Menschen der Anspruch auf eine lebenswerte Umwelt abgesprochen wird!“**

rechnet jetzt die Polizeiführung mit uns sprechen will, während sie dies in den vergangenen Jahren nie für notwendig gefunden hat.“

Rudi Hechler schrieb: „Ich nehme an dem kurzfristig angesetzten Gespräch mit der Polizeiführung aus Termingründen nicht teil. Ich sehe allerdings auch zum jetzigen Zeitpunkt keinen Anlaß für solche Diskussionsrunden, zumal die vielen Dialog- und Mediationsveranstaltungen offenbar darauf zielen, die Ausbauegegner psychologisch auszuhebeln.“

Es versteht sich von selbst, daß die Polizei Aufgaben hat, die von mir unterstützt werden. Ich habe Verständnis für viele Entwicklungen, die es gestern in unserer Region gab und heute möglicherweise wieder anstehen. Leider müssen Polizisten auch immer das ausbaden, was eine falsche Politik ihnen einbrockt. Das ist so bei den Castor-Transporten und war so bei den Auseinandersetzungen um die Startbahn-West.

Aber es gibt in der Polizei auch Verhaltensweisen, die ich nicht akzeptieren kann.

Es kann kein Zufall sein, daß bei Zusammenrottungen von Neonazis meist die „Republikaner“, die NPD, die „Glatzköpfe mit Springerstiefeln“ geschützt werden, während antifaschistische Gegendemonstranten eingekesselt und erkennungsdienstlich behandelt werden.

Bei den Konflikten der Vergangenheit sind mir viele Ereignisse in bleibender Erinnerung. Dazu gehören der Einsatz des Gasvernebelungsgerätes „Pepperfog“, der Einsatz von „Blend-Schock-Wurfkörpern“, furchtbare Knüppel- und Tränengasorgien der SEKs, die Kriminalisierung der Startbahn-Gegner, der massenhafte und belegte Einsatz von Polizei-Provokateuren, die versuchten, eine jeweils passende taktische Lage zu schaffen.

Zu den erschreckenden Vorgängen gehört natürlich auch die Ermordung von zwei Polizisten am Ende der grossen Bürgerbewegung gegen die Startbahn-West.

Gespräche zwischen Staat, Polizeiführung und Demonstranten können sinnvoll sein. Im konkreten Fall und in unserer Region muß man aber auch die Frage stellen: Was wurde gelernt, gibt es Selbstkritik auch in Wiesbaden und bei den Polizeioberen?

Leider, so scheint es mir, verlangt man immer nur von den Bürgerinitiativen, selbstkritisch zu sein, während die Gegenseite in alten, falschen und rechtshaberischen Positionen verharrt.

Beispiele: Im Jahre 1996, also 15 Jahre nach den Startbahn-Auseinandersetzungen, hat Dr. Hartmut Johnsen (früherer Konsistorialpräsident der Ev. Kirche) ein Buch herausgegeben, in dem Interviews mit den ehemaligen Kontrahenten abgedruckt sind.

Bei der Vorstellung in Frankfurt war auch der ehem. Ministerpräsident Holger Börner dabei. Befragt, wie er seine Entscheidungen von damals heute bewertet, meinte er: „Ich würde alles genau so wieder machen.“

Auch im Buch gibt es lehrreiche Passagen:

Wenn man das Interview des ehem. Innenministers Ekkehard Gries liest,

fragt man sich schon, mit welchen Qualitäten man in diesem Lande Minister werden kann. Immer noch behauptet er, die Startbahngegner seien Gewalttäter gewesen, schließlich hätten sie sogar Kontakte zu den japanischen Kamikaze-Flughafengegnern gehabt. Dann meint er: „Da standen alte Frauen, mit Hertie- und Kaufhaustüten. Ich wußte natürlich, wer und was dahintersteckte. Wesentliche Drahtzieher dieser fast bürgerkriegsähnlichen Bewegung waren natürlich Kommunisten - und der Rudi Hechler war dem Verfassungsschutz natürlich bekannt.“ Außerdem bezahlte die DKP laut Gries die Tagegelder für die Dauerdemonstranten. Die Ev. Kirche hätte sich opportunistisch der Bürgerinitiative angeschlossen, viele Protestler waren bezahlt und fremdbestimmt und viele

## Naturfreunde gegen Ausbau

Die Mitglieder der Ortsgruppe „Die Naturfreunde“ Mörfelden-Walldorf sind gegen die Ausbaupläne des Rhein-Main-Flughafens. In einer Resolution fordern sie u.a.:

„Ein weiterer Ausbau, insbesondere der geforderte Bau einer weiteren Start- und Landebahn, ist in hohem Maße ökologisch und sozial unverträglich. Die Ortsgruppe Mörfelden-Walldorf erkennt ausdrücklich die soziale und wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens an. Allerdings würde der weitere Ausbau die in ökologischer Sicht bereits jetzt über die Grenze des Vertretbaren belastete Region weiter belasten bis hin zur Unbewohnbarkeit weiter Teile. Soziale Verantwortung bedeutet nicht nur den Wirtschaftsraum, sondern auch den Lebensraum zu sichern. Denn langfristig ist auch der Wirtschaftsraum ohne den Lebensraum nicht existenzfähig.“

Leute in Mörfelden-Walldorf hätten ihre Häuser auf Grundstücken, wo der Wald vorher gerodet worden sei.

Leider kommt ähnliches auch von den „Polizeidirektoren“: Pfarrer Oeser hätte eher schürend als dämpfend gewirkt, professionelle Krachmacher hätten mitgewirkt und natürlich - die DKP. Im übrigen, die Räumung des Hüttenhofes war ein einfacher Trick, so triumphierend Polizeidirektor Robert Philippi, der dann erstmals Einzelheiten verrät. Vorwürfe gegen die Polizei hätte es gegeben, aber nur an einen Bruchteil der Vorwürfe sei etwas dran gewesen.

Man merkt da schon: Börner, Gries und andere der Gegenseite von einst haben nichts gelernt und nichts begriffen. Meine erste Frage an Abteilungsleiter Heinrich Bernhardt vom Polizeipräsidium Frankfurt wäre deshalb schon gewesen, ob und wo es vielleicht doch eine neue, andere Haltung gibt.

Ich vermute, es ist da wenig zu erwarten und ich befürchte, es wird erneut zu Konflikten kommen, mit den gleichen schrecklichen Folgen wie bei den Auseinandersetzungen um die Startbahn West, wenn Waldrodungen und andere Ausbaumaßnahmen vorangetrieben werden.“

Für den 20. Mai ist ein weiteres Gespräch mit der oberen Polizeiführung geplant. Man wird sehen, was die „Konfliktpartner“ sich zu sagen haben. Mediation ist von den Oberen offenbar als Mittel der „psychologischen Kriegsführung“ gedacht. Wachsamkeit bleibt notwendig.

## Die Fluglärm-Beschwerde-Nummer:

(069)  
690-22001



## Polizeiwillkür statt Dialog

Wenige Tage nach dem ersten „Polizei-Gespräch“ beim Bürgermeister zeigte die Frankfurter Polizei eine neue Taktik, die ihre „Dialogbereitschaft“ in Frage stellt.

Die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung schrieb dazu u.a.:

„Die Frankfurter Polizei praktizierte im Waldgelände um die Startbahn West Absperrungsmaßnahmen, die jeder rechtlichen Grundlage entbehrten. Willkürlich wurden zahlreiche Jugendliche bei Personenkontrollen festgehalten, widerrechtlich fotografiert und ihnen unter Androhung von 12-stündiger Inhaftierung ein Platzverbot erteilt. Keine der zurückgewiesenen Personen hatte irgendwelche Gegenstände bei sich oder Absichten geäußert, die Anlaß zu einem solchen weitgehenden Eingriff in persönliche Freiheitsrechte rechtfertigten. Keinem der Betroffenen wurde erläutert, warum das Platzverbot gegen ihn ausgesprochen wurde.“

Das „verbotene“ Gebiet umfaßte weiträumig das Waldgebiet um die Startbahn West.

Es ist zu vermuten, daß die Polizei, die gesammelten Photos und Daten für das Anlegen einer illegalen Demonstrantenkartei nutzt. Auch diese polizeiliche Maßnahme entbehrt jeglicher rechtlichen Grundlage.

Offensichtlich versuchen Teile der Frankfurter Polizei ihren Beitrag zu dem „Bürgerdialog“ und runden Tisch zu leisten - in altbekannter Weise.“



## Heinz Hechler 70

Geboren in Mörfelden und geprägt durch das Elternhaus, kam er schon sehr früh mit der Politik in Berührung. Noch im Krieg begann er 1942 eine Lehre in Frankfurt. Die ausgehende faschistische Herrschaft erlebte er noch als Jugendlicher. Nach der Befreiung vom Faschismus engagierte er sich zuerst im Betrieb und in der Gewerkschaft. Lange war er Betriebsrat und Betriebsratsvorsitzender bei der Fa. Garry. Über 50 Jahre ist er in der IG Metall organisiert.

Der Ostermarsch, die außerparlamentarische Opposition, viele Demonstrationen und Aktionen begleitete er, war aktiv bei den Naturfreunden. 1968 zog er mit Arthur Siegel als SDO-Abgeordneter ins Mörfelder Parlament ein. Seitdem ist er eine feste Größe in der Kommunalpolitik.

Die Startbahnbewegung sah ihn ebenfalls aktiv. Stets stand er auf der Seite der „kleinen Leute“. Dabei ist er bescheiden geblieben. Auch bei den Gegnern der DKP ist er „Respektsperson“. Sein Ausscheiden aus dem Magistrat nach der letzten Kommunalwahl war nicht das Ende seines Engagements. Er bleibt eine feste Größe in der DKP und in der DKP/OL-Fraktion. Sein Rat und seine aktive Hilfe werden geschätzt.

Seit seiner Jugend ist er dem Sport verbunden, heute noch ist er aktiv in mehreren Sparten der SKV.

Für den „blickpunkt“ schreibt er regelmäßig Artikel und Kommentare und die „Stadtgeschichte“. Die „blickpunkt“-Redaktion gratuliert Heinz zu seinem runden Geburtstag und wünscht ihm noch viele Jahre Schaffenskraft im Kreise seiner Familie und seiner Genossinnen und Genossen.



# Cuba Sí

## Solidaritäts-Veranstaltung

mit

Déborah Azcuy Carrillo,  
Deutschland-Verantwortliche  
im Kubanischen Institut für  
Völkerfreundschaft, Havanna

Barbara Muñoz,  
Vorstandsmitglied des  
Netzwerk Cuba  
Informationsbüro e.V.  
Redakteurin der Netzwerk  
Cuba Nachrichten

Berichte über die  
aktuelle Situation in Kuba und  
die internationale Solidarität

Video über die  
U.S.-Freundschaftskarawane  
der „Pastoren für den Frieden“  
für Kuba  
mit anschließender Diskussion

**Montag, 4. Mai, 20 Uhr**  
**„Goldener Apfel“**

Herzlichen Dank

für alle guten Wünsche,  
Geschenke und Spenden  
anlässlich meines  
70. Geburtstages.

Es kamen 1000 Mark  
zusammen,  
die je zur Hälfte an die  
Kinder-Krebsstation der  
Uni-Klinik Frankfurt und  
an die  
Kinder-Reha-Station  
in Matanzas,  
Kuba überwiesen wurden.

Heinz Hechler

## Im Hort Walldorf sind noch Plätze frei

Eine umfangreiche Antwort gab es auf die Anfrage der DKP/OL-Fraktion zur „Belegungssituation in den Betreuungseinrichtungen“. Danach gibt es derzeit eine zufriedenstellende Versorgung ohne lange Wartelisten, was nicht heißt, daß es im Einzelfall nicht doch Wartezeiten geben kann, wenn ein Platz in einer bestimmten Kindertagesstätte gewünscht wird. Im Hort Walldorf gibt es derzeit sogar freie Plätze, für deren Belegung jetzt geworben wird.

## Paßt

Der Gesamtverband der Arbeitgeber Südhessen heißt nun knapp Unternehmensverband. Das beschloß die „Jubiläums-Mitgliederversammlung“ im März in Darmstadt. Die Namensänderung nach 50 Jahren sei „Überfällig“. Der Begriff Arbeitgeber sei „angestaubt“. Der Unternehmer stehe für „Fortschritt, Leistungsbereitschaft und Innovation“. Millionen Menschen in unserem Land, denen kein Unternehmer Arbeit gibt, können das sicher nachvollziehen.

*UNTERNEHMER,*

*der Unternehmer heißt Unternehmer, weil er etwas unternimmt.*

*Der Arbeiter heißt Arbeiter, weil er arbeitet.*

*Würden die Arbeiter was unternehmen, müßten die Unternehmer arbeiten.*

Floh de Cologne

## Kriegsgewinnler sollen zahlen

Einstimmig beschloß das Stadtparlament folgenden Antrag der SPD-Fraktion:

*„1. Der Vorstand der Baufirma Züblin AG, Stuttgart, wird nachdrücklich gebeten, seine ablehnende Haltung zu überdenken und die noch lebenden ungarischen Jüdinnen, die von August bis Dezember 1944 im KZ-Außenlager Natzweiler-Struthof in Walldorf unter menschenunwürdigen, ärmlichsten Bedingungen Zwangsarbeit auf dem Flughafen für die Firma Ed. Züblin & Cie leisten mußten, angemessen zu entschädigen.*

*2. Darüber hinaus wird die Baufirma Züblin AG gebeten, ihr Firmenarchiv für die wissenschaftliche Arbeit zu öffnen und einen finanziellen Beitrag, wie die Flughafen Frankfurt/Main AG, zur Errichtung eines historischen Lehrpfades im Norden Walldorfs zu leisten.“*

Die DKP/OL begrüßt diese Initiative ausdrücklich, die an entsprechende Bitten und Anregungen von Schülerinnen und Schülern der Oberstufe der Bertha-von-Suttner-Schule anknüpft. Bedauerlich und bezeichnend für unser Land und seine Wirtschaft ist allerdings, daß solche Anträge auch 53 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus noch nötig sind.

## Wassersparen durch eigenen Zähler

Alle Welt spricht vom Wassersparen. Die Vergeudung dieses kostbaren Lebensmittels kann verantwortungsbeußten Menschen nicht egal sein. Zum Sparen animiert wird man natürlich nur dann, wenn der eigene Verbrauch ersichtlich ist und sich im eigenen Geldbeutel bemerkbar macht. Diesen Gedanken verfolgte die DKP/OL-Fraktion mit dem Antrag, der auch in Altbauten für jeden Haushalt einen eigenen Wasserzähler vorsieht. Per Antrag wird dem Hausherr zur Installation eines Zählers ein Zuschuß gewährt. Die entsprechende Satzung ist in der letzten Stadtverordnetenversammlung einhellig beschlossen worden.

## Photovoltaik wird Realität

Die Energievergeudung durch Großkraftwerke, die Verschmutzung der Luft durch Schadstoffausstoß, die Erwärmung der Atmosphäre kann nur durch eine Wende bei Energieerzeugung und -verbrauch erreicht werden. Das war auch die Motivation, die die Fraktion der DKP/OL bewog, einen Antrag an das Stadtparlament zu stellen, damit Verhandlungen mit der HEAG aufgenommen wurden, die nach langer und zäher Gesprächsrunde endlich zum Ziel führten. Die HEAG zahlt - wie viele andere Energieversorger im Bundesgebiet - eine „kostendeckende Vergütung“. Das heißt: Sie zahlt auf jedes kW solarenergetisch produzierten Strom 1,28 DM. Mit den Zuschüssen des Landes Hessen, die 30% der Investitionskosten umfassen, erreicht die Anschaffung eine Rentabilität. „Das große Geld ist damit nicht zu verdienen.“ Soll es auch nicht, doch jeder, der die Möglichkeit dazu hat, ist jetzt aufgefordert, Photovoltaik auf seinem Hausdach zu installieren und damit einen direkten Beitrag zum Umweltschutz zu leisten.

**Photovoltaik.** Mit Hilfe von Silizium wird mittels Sonnenlicht Strom erzeugt, der dann in das öffentliche Netz eingespeist wird. Ein Zuzähler registriert die Menge, die dann mit dem Stromversorger abgerechnet wird. Voraussetzung ist eine möglichst nach Süden ausgerichtete ca. 30 Grad geneigte Dachfläche. Durch die „kostendeckende Vergütung“ soll ein Einstieg in die Sonnenenergie-Erzeugung geschaffen werden. Mittels hoher Produktionszahlen werden die Kosten reduziert und die Wirtschaftlichkeit verbessert. Wer sich für diese Energieart interessiert, sollte sich mit dem Energiebeauftragten der Stadt in Verbindung setzen. Er informiert umfassend über die technischen Details und die Realisierung.

**Jede Mark hilft dem »blickpunkt«!**  
Unser Konto:  
Kreissparkasse Groß-Gerau  
Konto-Nr. 9003419, BLZ 50852553

# Stadtgeschichten

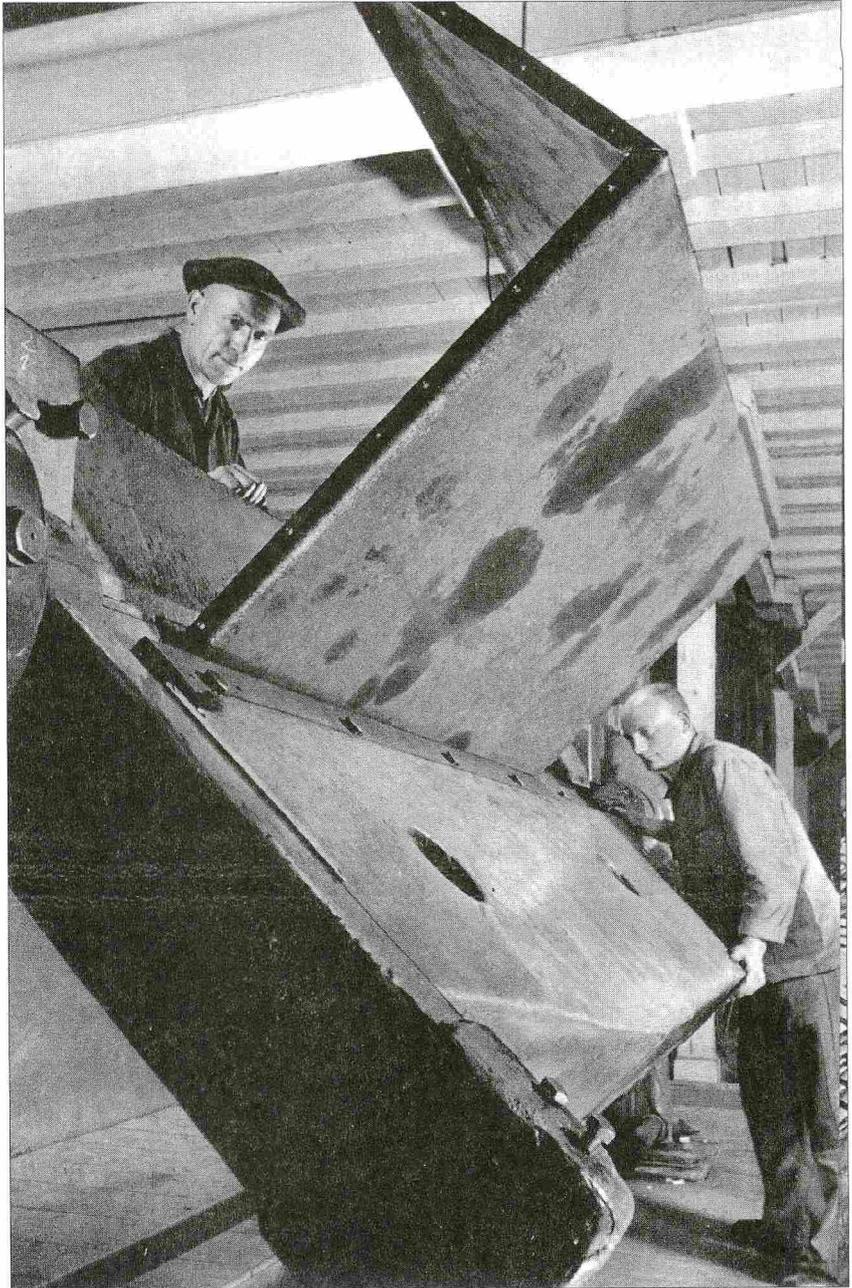
Zwei Mörfelder Garny-Arbeiter, fotografiert vor 60 Jahren, noch in der alten Werkshalle in Frankfurt-Niederrad. Beide, Heinrich Schulmeyer (links) und Heinrich Schluckebier, der langjährige Vorsitzende der Gesangsabteilung der SKV, waren nach ihrer Schulzeit bis zu ihrem Rentenalter im Geldschrank- und Tresorbau der Firma Garny beschäftigt.



Auf unserem alten Werkfoto sind sie gerade dabei, einen Geldschrankmantel auf einer Biegemaschine in die Form zu bringen. Später wurden diese schweren Arbeiten von großen Abkantpressen bewältigt. Das Herstellen solcher Produkte, wie die diebstahl- und brandsicheren Geldschränke und Tresortüren, war früher und ist auch heute noch mit großer körperlicher Anstrengung verbunden.

Als das Bild 1938 entstand, dauerte es nicht mehr lange, bis auch bei Garny während des Krieges von 1939 bis 1945 die Rüstungsproduktion auf vollen Touren lief. Zuerst wurden schwere Bunkertüren für den Westwall und später für Hitlers Wehrmacht Bomben und Bordwaffen für Flugzeuge und Schiffsgeschütze hergestellt.

Damit die Produktion auf Hochtouren laufen konnte, wurden hunderte Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion deportiert und bei Garny zwangsverpflichtet. Sie mußten mit geringer Verpflegung schwer arbeiten und wohnten in primitiven Baracken. Auch das ist ein Stück Firmengeschichte.



## Maifeier 1998

Kundgebung

1. Mai, 10 Uhr, Bürgerhaus Mörfelden  
Mairedner: Volkmar Heusel, IG Metall

Anschließend Demonstration zum  
„Goldenen Apfel“.

Im Hof ab 12.30 Uhr Kulturprogramm  
Kaffee und Kuchen, Eintopf, Gegrilltes



## Unser Lexikon



Dobscher  
Danzert  
Kreisel